

TOP 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich¹

Das WIFO konnte seine BIP-Prognose von +1,7 Prozent für die Jahre 2014 und 2015 unverändert beibehalten, die wesentlichen Nachfragekomponenten entwickelten sich so wie prognostiziert. Verschlechtert haben sich dagegen die Arbeitsmarktprognose (wegen des verstärkten Arbeitskräfteangebotes) und das vorhergesagte Budgetdefizit 2014 (v.a. wegen der Abwicklung der Hypo Alpe-Adria Bank). Der Preisauftrieb bleibt weiterhin deutlich über dem Durchschnitt des Euroraumes.

Nach drei Jahren rückläufiger Wachstumsraten wird die Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 wieder stärker expandieren. Die US-Wirtschaft ist dabei Konjunkturlokomotive und wird in diesen beiden Jahren mit 2,7 bzw. 3,1 Prozent relativ kräftig wachsen, während einige bedeutende Schwellenländer weiterhin eine verhaltene Konjunkturdynamik aufweisen.

Der Euroraum, von dem die weltweite Konjunkturschwäche der letzten Jahre ausging, löste sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 aus der Rezession, der Ausblick für 2014 und 2015 bleibt mit prognostizierten Wachstumsraten von 1,1 bzw. 1,5 Prozent allerdings so bescheiden, dass zwar von einer konjunkturellen Besserung, nicht aber von einem Aufschwung gesprochen werden kann. Die in einigen peripheren Ländern Europas gesetzten Maßnahmen zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der Außenhandelsdefizite sowie die in vielen Ländern simultane Reduktion der öffentlichen Nachfrage dämpfen Einkommen und Nachfrage, und sie verhindern eine nachhaltige Erholung der Arbeitsmärkte und der öffentlichen Haushalte. Belastend wirkt daneben auch die hohe Privatverschuldung von Haushalten und Unternehmen. Weiterhin bestehen in Europa bedeutende regionale Unterschiede, wobei Deutschland und Österreich überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen werden.

Österreich konnte sich der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren sechstem Jahr sich die Eurozone befindet, zwar nicht entziehen, allerdings konnten durch eine eigenständige Wirtschaftspolitik die negativen Auswirkungen geringer gehalten werden als in den meisten anderen Ländern. Durch Mittel wie Kurzarbeit und Steuerentlastung konnten bezüglich Wachstum und Arbeitsmarkt überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden. Nach einer Stagnation im ersten Halbjahr 2013 begann die Wirtschaft durch positive Impulse des Außenhandels wieder zu wachsen. Die für Österreichs Wirtschaft bedeutsamen Märkte in Ostmitteleuropa entwickeln sich wieder günstiger, wenn auch die hohe Verschuldung des privaten Sektors den Aufholprozess bremst. Der österreichische Warenexport wird heuer zwar doppelt so stark wachsen wie 2013, damit jedoch deutlich hinter vergangenen Aufschwungphasen zurückbleiben.

Nach dem markanten Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen sorgen Nachholinvestitionen 2014 für einen spürbaren Zuwachs, bevor 2015 die Dynamik wieder nachlässt. Die aktuelle Wachstumsschwäche basiert auch auf einer ausgeprägten Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte (2013 sogar leicht rückläufig), deren Ursachen in der negativen Entwicklung der Netto-Pro-Kopf-Löhne seit 2010, in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie in der Verschlechterung am Arbeitsmarkt (siehe unten) liegen. Auch die Sparquote wird ansteigen, um die im Zuge der Wirtschaftskrise verlorenen Vermögenspolster wieder aufzubauen. Der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums fällt daher deutlich geringer aus als in früheren Aufschwungphasen.

¹Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 27. März 2014

Der leichte Rückgang der Inflationsrate stützt tendenziell die Konsumnachfrage, wobei allerdings weiterhin die Teuerungsrate im Euroraum mit knapp über 1 Prozent deutlich niedriger liegt als in Österreich. Die Inflationsauswirkungen der neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden mit 0,3 Prozentpunkten kumuliert über die Jahre 2014 und 2015 angenommen.

Die markante Konjunkturschwäche schlägt sich merklich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Zwar steigt die Beschäftigung – wenn auch schwach – weiter, doch betraf dies 2013 nur die Teilzeitbeschäftigung, während die Vollzeitbeschäftigung sank. Insgesamt ergab sich dadurch ein leichter Anstieg der Beschäftigung bei einer rückläufigen Arbeitszeit pro Kopf. Auch die Zahl der Leiharbeitskräfte steigt seit einigen Monaten wieder merklich. Eine massive Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes, die größer ist als die der Beschäftigung, steht einer Stabilisierung der Arbeitslosigkeit entgegen. Zu der Expansion der heimischen Erwerbsbevölkerung kommen im Jahr 2014 als Sonderfaktoren noch die strengeren Regeln für den Pensionszugang sowie die Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien.

Das aktuelle Niveau der Zahl der Arbeitssuchenden (inkl. ca. 80.000 Arbeitslose in Schulungsmaßnahmen) liegt 2014 mit 386.000 um rund 125.000 höher als vor der Finanzkrise. Das WIFO erwartet bis 2015 eine Erhöhung der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf durchschnittlich 314.000. Damit würde die Arbeitslosenquote auf 8,1 Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung bzw. auf 5,3 Prozent der Erwerbspersonen laut Eurostat wachsen.

Die Entwicklung des Haushaltssaldos im Prognosezeitraum ist geprägt von weiteren Konsolidierungsmaßnahmen sowie dem Aufwand zur Abwicklung der Hypo Alpe-Adria Bank. Letzterer, nun mit 4 Mrd. Euro veranschlagt, bewirkt gegenüber der Prognose vom Dezember 2013 ein um einen Prozentpunkt höheres Maastricht-Defizit von 3,0 Prozent für 2014. Da nun praktisch die gesamten Abbaukosten im Jahr 2014 verbucht werden, ergibt sich für 2015 ein Maastricht-Defizit von 1,2 Prozent, was eine Verbesserung von 0,4 Prozentpunkten gegenüber der vorangegangenen Prognose bedeutet. Das strukturelle Defizit wird von diesen Kosten nicht berührt, es wird für 2014 mit 1,3 und für 2015 mit 0,9 Prozent des BIP prognostiziert.

Als größtes Risiko für die Weltkonjunktur gilt die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat derzeit nur lokal begrenzte Auswirkungen auf die Wirtschaft. Durch die intensivere Verflechtung mit Russland wäre aber die österreichische Wirtschaft von einer Ausweitung der Sanktionen überdurchschnittlich betroffen. Als weiteres Konjunkturrisiko im Euroraum gilt die Gefahr einer Deflation. Ein Rückgang des Preisniveaus würde über steigende Realzinsen und eine Aufwertung der Schuldenstände die ohnedies schwache Nachfrage dämpfen und im Extremfall über weiter sinkende Preise und Löhne in eine sich selbst verstärkende Deflationsspirale münden.

Wichtigste Ergebnisse der WIFO-Prognose vom 27. März 2014

	2011	2012	2013	2014	2015
	(Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent)				
Bruttoinlandsprodukt					
Wirtschaftswachstum, real	+2,8	+0,9	+0,4	+1,7	+1,7
Wirtschaftswachstum, nominell	+4,9	+2,6	+2,0	+3,5	+3,7
Stundenproduktivität i.d. Gesamtwirtschaft	+0,5	+0,9	+1,3	+1,1	+1,1
Stundenproduktivität i.d. Sachgütererzeugung	+6,9	+0,6	+2,4	+3,3	+3,9
Private Konsumausgaben, real	+0,8	+0,5	-0,2	+0,8	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+8,5	+1,6	-0,9	+3,0	+2,1
Ausrüstungen	+14,3	+2,1	-3,1	+5,0	+3,0
Bauten	+2,5	+2,5	+0,7	+1,2	+1,3
Herstellung von Waren, real	+8,3	+1,1	+1,1	+3,5	+4,2
Handel, real	+1,3	-1,7	-1,4	+1,3	+2,0
Warenexporte lt. Statistik Austria, real	+8,1	+0,8	+2,7	+5,5	+6,5
Warenimporte lt. Statistik Austria, real	+8,6	-1,3	+0,2	+5,5	+6,0
Leistungsbilanzüberschuss					
Mrd. €	+4,9	+4,9	+8,6	+10,7	+12,5
in % des BIP	+1,6	+1,6	+2,7	+3,3	+3,7
Verbraucherpreise	+3,3	+2,4	+2,0	+1,9	+1,9
Arbeitslosenquote					
in % der Erwerbspersonen ¹	4,2	4,3	4,9	5,2	5,3
in % der unselbständigen Erwerbspersonen ¹	6,7	7,0	7,6	8,0	8,1
Arbeitslosigkeit in 1.000 Personen ¹	247	261	287	306	314
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²	+1,9	+1,4	+0,6	+1,0	+1,0
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer, nominell	+1,8	+2,4	+2,1	+2,1	+2,4
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
brutto	-1,4	-0,1	+0,1	+0,2	+0,5
netto	-1,8	-1,1	-0,3	-0,1	+0,1
Sparquote ³	6,7	7,4	6,5	6,8	7,1
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,8	+3,0	+2,4	+1,5	+1,7
Sachgüterproduktion	-3,0	+3,0	+2,0	-0,8	-1,0
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP ⁴	-2,5	-2,5	-1,9	-3,0	-1,2

¹ tatsächliche Werte

² ohne Karenz-/KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Präsenzdienler und in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose SchulungsteilnehmerInnen

³ in Prozent des verfügbaren Einkommens - einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

⁴ tatsächlicher Wert, gemäß Maastricht-Definition;